

ganz persönliches Wort sprechen. Ich glaube, daß sich diejenigen, die nicht zur Enquete-Kommission gehören, das noch ganz gut mit anhören können. Wir begrüßen einen unter uns besonders herzlich, nämlich Dr. Faulenbach. Wir sind froh darüber, daß er wieder da ist. (Beifall)

Wir steigen nun in die erste Reihe von Referaten ein. Es werden jetzt also drei Referate hintereinander folgen. Danach werden wir eine erste Diskussionrunde durchführen. Das erste Referat wird Professor Dr. Manfred Wilke aus Berlin zum Thema „Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“ halten. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD“ vom 11. Juni 1945 verneinte ausdrücklich die Absicht der Partei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD forderte eine antifaschistische parlamentarisch-demokratische Republik. Die SMAD ließ am 10. Juni mit dem berühmten „Befehl Nr. 2“ vier antifaschistisch-demokratische Parteien zu. Am 14. Juli bereits wurde der von der KPD geforderte Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – das waren die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Christdemokraten und die KPD – gegründet. Ich halte es für wichtig, daß wir uns noch einmal diese allgemein bekannte Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Blockpolitik der KPD 1945 lag auf der Linie der antifaschistischen Einheitsfront-Politik, die für alle kommunistischen Parteien nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler im Jahre 1941 galt. In ganz Europa traten die kommunistischen Parteien als Organisatoren des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Okkupationspolitik auf. Das Programm der sozialistischen Revolution trat zugunsten des Kampfes für eine antifaschistische Demokratie in den Hintergrund.

Als 1943 in Moskau die „Kommunistische Internationale“ aufgelöst wurde – und damit die kommunistischen Parteien formal unabhängige nationale Parteien wurden, was sie ja vorher nicht waren; davor waren sie Sektionen einer Weltpartei –, rechtfertigte Stalin diesen Schritt mit den Erfordernissen der antifaschistischen Bündnispolitik im Krieg.

Wenn man die KPD-Programme und Deklarationen nach 1945 liest, dann halte ich es auch für geboten, uns diese Sprachregelung des „großen Generalissimus“ aus dem Jahre 1943 ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Die Auflösung der 'Kommunistischen Internationale' ist richtig, denn a) sie entlarvt die Lügen der Hitler-Leute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bolschewisieren'. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen

Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handeln. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.

c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder – unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung – zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.“

Die interalliierten Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta 1945 hatten bereits die machtpolitischen Gegensätze zwischen den Mächten in bezug auf die europäische Nachkriegsordnung offenbart. Aber die kommunistischen Parteien blieben bei ihrer antifaschistischen Blockpolitik, um die gesellschaftspolitische Neuordnung des befreiten Europas durchzusetzen. Wie wir alle wissen, ist 1947 mit der Bildung des Kominform und der Planung für den Marshallplan die Grundlage für diese Politik entfallen.

Vor 1989 war es nach den Worten des Tübinger Historikers Dietrich Geyer eine strittige Frage, „ob die Einheitsfront- und Blockpolitik nach Kriegsende jemals mehr war als eine fadenscheinige Camouflage des sowjetischen Willens zur Macht, mehr als ein Mittel, um die verbündeten Parteien, voran die Sozialdemokratie, stillzustellen und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.“

Nach Öffnung der SED-Archive läßt sich diese gewichtige Streitfrage, die auch die deutsche Nachkriegspolitik betrifft, entscheiden.

In diesem Vortrag möchte ich die Kommission über erste Ergebnisse meines Forschungsvorhabens „Die Gründung der SED, dargestellt aus den Akten der KPD“ informieren. Unser Projekt wird im „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin seit wenigen Monaten betrieben und vom Bundesministerium des Inneren dankenswerterweise gefördert.

Im Zentralen Parteiarchiv der SED haben wir uns zunächst auf das Material der in der Moskauer Emigration befindlichen Führung der KPD aus den Jahren 1944/45 konzentriert. Schon die erste Sichtung der Vorstellungen und perspektivischen Pläne zum Sturz Hitlers durch eine deutsche Volksbewegung machen deutlich: Diese KPD-Funktionäre besaßen nur über den Moskauer Sender eine operative Beziehung zu den kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. Genaue Kenntnisse über die im Reich existierenden Gruppen oder gar organisatorische Verbindungen zu ihnen waren nicht vorhanden. Immer wieder wurde darüber diskutiert, Kuriere nach Deutschland zu schicken. Aber die Debatte über die auszulösenden Volksaktionen zum Sturz Hitlers blieben formelhaft abstrakt. Und sie waren ja auch folgenlos.

Dieses Urteil gilt nicht für die in der Sowjetunion zu dieser Zeit stattfindenden